

Arbeitsmarkt unter Corona - Wie müssen Betriebe, Beschäftigte und Politik jetzt handeln?

Berlin, den 30.09.2020: *„Es ist so schön, Sie persönlich zu sehen.“* Mit diesen Worten begrüßte heute morgen im Einstein unter den Linden der PEAG-Geschäftsführer Sven Kramer die Gäste der 101. PEAG PERSONALDEBATTE zum FRÜHSTÜCK. Über den Arbeitsmarkt in Zeiten von Corona sprachen wir mit der Staatssekretärin aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales Leonie Gebers und dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Prof. Marcel Fratzscher.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie stellen den Arbeitsmarkt vor enorme Herausforderungen. *„Wir befinden uns in einer Phase der maximalen Unsicherheit“* betont die Staatssekretärin Leonie Gebers. *„Trotz einer leichten Entspannung am Arbeitsmarkt erwarten wir im kommenden Jahr eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Umso wichtiger sind eine gute Arbeitsmarktpolitik und eine gute Arbeitsvermittlung. Unser Ziel ist es, Arbeitslosigkeit zu verhindern. Daher werden wir mit den Instrumenten, die wir zur Verfügung haben, um jeden einzelnen Arbeitsplatz kämpfen.“* Auch wenn Deutschland bislang relativ gut durch die Pandemie gekommen ist, ist der Wirtschaftseinbruch dramatischer als in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 und geht durch nahezu alle Branchen. Besonders schwer betroffen sind laut Gebers die Veranstaltungs- und die Reisebranche.

Das Kurzarbeitergeld

Das bekannteste Instrument zur Rettung von Arbeitsplätzen ist das Kurzarbeitergeld, was es in Deutschland bereits seit 1927 gibt. *„Im April hatten wir im Peak sechs Millionen Menschen in Kurzarbeit. Das hat den Arbeitsmarkt und die Nachfrage in Deutschland stabilisiert. Wir sehen jetzt einen Rückgang der Kurzarbeit, was für mich ein Zeichen ist, dass es funktioniert.“* so Gebers. *„Wir haben mit dem Kurzarbeitergeld ein gutes Instrument, das uns durch diese Krise helfen wird“.* Neben der Regelung zur Verlängerung des Kurzarbeitergeldes werden im Ministerium aber auch andere Instrumente angepasst und weiterentwickelt. So wurde mit dem *„Arbeit-von-Morgen“-Gesetz* gezielt auf den Strukturwandel reagiert und berufliche Weiterbildung gefördert, um Beschäftigung zu sichern.

Hohe Arbeitslosigkeit als Folge höherer Unternehmensinsolvenzen

Viele Arbeitgeber stehen heute unter einem hohen Druck, mit geringeren Einnahmen ihre Liquidität zu erhalten und ihre Kosten senken zu müssen. Professor Marcel Fratzscher erwartet zum Jahresende eine größere Welle von Unternehmensinsolvenzen. *„Es gibt zahlreiche Stimmen, die fordern, dass der Staat sich durch direkte Beteiligungen an Unternehmen mehr einbringen müsse. Der Staat kann das aber nicht. Der politische Vorstoß, die Antragspflichten für Unternehmensinsolvenzen zu verlängern und damit die Insolvenzen bis zum Jahresende zu verschieben, war dagegen schlau. Jetzt braucht es aber einen klaren Schnitt, weil mit der Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens auch ein Schaden für den Rest der Wirtschaft einhergeht. Gleichzeitig schadet ein Anstieg an Insolvenzen der Wirtschaft nachhaltig. Wenn es zu einer großen Welle von Unternehmensinsolvenzen kommt, dann könnte im Extremfall ein Teufelskreislauf in Gang kommen: von der Insolvenz und Arbeitslosigkeit, zum Rückgang der Nachfrage über die Finanzsysteme, bis hin zum Vertrauensverlust.“*

KONTAKT

Fulmidas Medienagentur GmbH
Anja Baer
Albrechtstr. 15 / 10117 Berlin

PRESSEMITTEILUNG

Redaktion: Schiffbauerdamm 8 / 10117 Berlin

TEL: 030.9700-4835

FAX: 030.9700-4834

E-MAIL: abaer@fulmidas.de

Im Auftrag der:

PEAG Holding GmbH

Märkische Straße 8-10

44135 Dortmund

www.peag-online.de